

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Untersuchungsgegenstand</b>	<b>1</b>
A. Einführung	1
B. Gang der Untersuchung	8
<b>§ 2 Notwendigkeit einstweiligen Rechtsschutzes im Betriebsratswahlverfahren</b>	<b>11</b>
A. Überblick über die Fallstricke des Wahlverfahrens	11
I. Zusammensetzung und Größe	11
II. Wahlberechtigung und Wählbarkeit	12
III. Wahlvorstand	13
IV. Wahlverfahren	14
1. Vorbereitung der Wahl	14
2. Durchführung der Wahl	16
V. Vereinfachtes Wahlverfahren in Kleinbetrieben	19
VI. Schlussfolgerung	20
B. Gesetzlich vorgesehene Rechtsschutzmöglichkeiten des Arbeitgebers	20
I. Rechtsschutz vor Wahl: Das Statusverfahren nach § 18 Abs. 2 BetrVG	21

II. Nachträglicher Rechtsschutz	23
1. Anfechtbare und nichtige Betriebsratswahlen	23
2. Anfechtung der Betriebsratswahl	24
a) Anfechtungsgründe	24
aa) Verstoß gegen tragende Grundprinzipien	25
bb) Kausalität des Anfechtungsgrundes	26
b) Anfechtungsberechtigung	27
c) Anfechtungsfrist	27
d) Anfechtungsverfahren	28
e) Unzureichender Rechtsschutz bei Anfechtbarkeit	29
3. Nichtigkeitsfeststellungsverfahren	30
a) Nichtigkeitsgründe	30
b) Verfahren	31
c) Folgen der Nichtigkeit	32
C. Unzulänglichkeit des Rechtsschutzes	32
I. Notwendigkeit einstweiligen Rechtsschutzes	32
II. Grundsätzliche Zulässigkeit einstweiligen Rechtsschutzes	35
D. Rechtsschutz durch Wahlabbruchverfügungen	38
I. Anspruch des Arbeitgebers auf rechtmäßige Bildung des Betriebsrats	38
II. Betriebsratswahl als überzeugender Legitimationsakt	41
1. Bedeutung von Wahl und Wahlrecht im demokratischen Verfassungsstaat	41
2. Bedeutung von Wahlen im Betriebsverfassungsrecht	42
3. Keine Schutzwürdigkeit offensichtlich rechtswidriger Betriebsratswahlen	44

III. Zumutbarkeit der Durchführung fehlerfreier Wahlen	46
1. Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder anderen Sachverständigen	47
2. Schulungsanspruch für Wahlvorstände	48
3. Softwareangebote	49
IV. Entwicklung der Rechtsprechung	50
1. Rechtsprechung der Landesarbeitsgerichte vor Juni 2011	50
a) LAG Baden-Württemberg	50
aa) 9. Kammer	51
bb) 13. Kammer	51
cc) 8. Kammer	53
dd) 15. Kammer	54
b) LAG Berlin	56
c) LAG Bremen	57
d) LAG Düsseldorf	57
e) LAG Hamburg	59
f) LAG Hamm	60
g) LAG Hessen	61
h) LAG Köln	62
i) LAG München	63
j) LAG Niedersachsen	64
k) LAG Nürnberg	65
l) LAG Sachsen	66
m) LAG Schleswig-Holstein	66
n) Gesamtauswertung	67
2. Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 27.7.2011	69
a) Gang des Verfahrens	70
b) Sachverhalt	73
c) Entscheidung des Gerichts	73
d) Einordnung der Entscheidung	75
3. Folgen für die Praxis	79

E. Zusammenfassung der Erkenntnisse	81
<b>§ 3 Abbruch bei Anfechtbarkeit der Wahl</b>	<b>83</b>
A. Leitbild vom einwandfrei legitimierten Betriebsrat	83
B. Wahlabbrüchen entgegenstehende gesetzliche Wertungen	84
I. Wertungen aus § 19 BetrVG	84
1. Kein „Mehr“ gegenüber der Wahlanfechtung	85
2. Verhinderung betriebsratsloser Zeiten als Grund für die Ex-Nunc-Wirkung der Wahlanfechtung	87
a) Grammatikalische Auslegung	88
b) Systematische Auslegung	89
c) Historische Auslegung	90
d) Teleologische Auslegung	91
e) Ergebnis der Auslegung	99
3. Hinnahmegebot aus § 19 BetrVG	100
4. Wahlanfechtungsfrist zur Heilung von Verfahrensfehlern	106
5. Gefahr des Verlustes der Heilungsmöglichkeit	109
6. Zusammenfassung	110
II. Wertungen aus § 3 Abs. 1 S. 3 WO, §§ 13, 21a, 21b, 22 BetrVG	111
1. Wertungen aus § 3 Abs. 1 S. 3 WO	111
2. Wertungen aus § 21a BetrVG	112
3. Wertungen aus § 21b BetrVG	114
4. Wertungen aus § 22 BetrVG i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 1–3 BetrVG	115
III. Mandatsschutz aus Wertungen der § 103 BetrVG, § 15 KSchG	116
1. § 15 KSchG	116
2. § 103 BetrVG	117

IV. Wertung aus § 25 BetrVG	117
V. Wertung aus § 21 BetrVG	117
VI. Kein Errichtungszwang	118
VII. Ergebnisse	118
C. Vergleich mit Wahlen der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat	119
I. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder nach dem Mitbestimmungsgesetz	121
1. Allgemeines und Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder	121
2. Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder	122
II. Wahl der Aufsichtsratsmitglieder nach dem Drittelbeteiligungsgesetz	125
1. Allgemeines, Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder und Zusammensetzung des Aufsichtsrats	125
2. Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder	126
III. Wahllosigkeit und Wahlanfechtungen	127
IV. Gerichtliche Eingriffe in das laufende Wahlverfahren	130
V. Vergleich mit Betriebsratswahlen	132
1. Ähnlichkeit der Regelungswerke und Wahlverfahren	133
2. Grundsatz der Kontinuität einer betrieblichen Interessenvertretung	135
3. Auswirkungen der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts bezüglich Betriebsratswahlen für die Wahlen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat	138
4. Folgen divergierender Rechtsprechung	141
VI. Zusammenfassung der Erkenntnisse	141

D. Vergleich mit politischen Wahlen	142
I. Übertragbarkeit der Wahlrechtsgrundsätze von Bundestagswahlen	144
1. Die Ausgangslage bei Bundestagswahlen	144
2. Rechtsbehelfe bei Bundestagswahlen	146
3. Anwendungsbereich von § 49 BWahlG	152
4. Darstellung in der Entscheidung des <i>Bundesarbeitsgerichts</i>	152
5. Vergleichbarkeit von Bundestags- und Betriebsratswahlen	153
a) Verfassungsrechtliche Grundlage von Wahlen auf Bundes- und betrieblicher Ebene	153
b) Organisation und Durchführung der Wahl durch Wahlorgane und Wahlvorstand	155
c) Interne Kontrolle durch Wahlorgane	157
d) Vergleichbare Rechtsschutzmöglichkeiten	158
e) Bedeutung und Funktion der Gremien	158
6. Ergebnisse	159
II. Garantie eines allgemeinen Wahlrechtsschutzes durch Art. 19 Abs. 4 GG auch für Betriebsratswahlen	161
1. Entscheidung des <i>SächsVerfGH</i> vom 16.8.2019	163
2. Bedeutung für Rechtsschutz gegen fehlerhafte Betriebsratswahlen	166
E. Wahlblockadegefahr	171
F. Zusammenfassung der Erkenntnisse	172

<b>§ 4 Voraussetzungen der Wahlabbruchverfügung</b>	<b>175</b>
A. Allgemeine Anforderungen an Verfügungsanspruch und Verfügungsgrund	175
I. Verfügungsanspruch: Sichere Anfechtbarkeit der Betriebsratswahl	176
1. Wesentliche Verfahrensvorschrift	176
2. Keine Berichtigung	176
3. Möglichkeit zur Beeinflussung des Wahlergebnisses	177
II. Verfügungsgrund bei Befriedigungsverfügung	178
1. Notwendigkeit (§ 940 ZPO)	178
2. Interessenabwägung	179
B. Wahlrechtsgrundsätze der Betriebsratswahl	179
I. Allgemeinheit Wahl	180
II. Unmittelbarkeit der Wahl	181
III. Freiheit der Wahl	181
IV. Gleiche Wahl	182
V. Geheimheit der Wahl	182
VI. Öffentlichkeit der Stimmauszählung	184
C. Anwendung auf einzelne Verfahrensmängel	184
I. Verstöße gegen § 1 WO	187
1. Inhalt der Vorschrift	187
2. Telos der Vorschrift	188
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	190
a) Fehlerhafte oder unwirksame Bestellung des Wahlvorstands	190
b) Falsche Anzahl der Wahlvorstandsmitglieder	191
c) Fehlerhafte Bestellung des Vorsitzenden	192
d) Keine Bekanntgabe der Mitglieder des Wahlvorstands	193

e) Wahlvorstand mit unwirksamer Geschäftsordnung	193
f) Wahlvorstandsbestellung durch angefochtenen Betriebsrat vor rechtskräftiger Entscheidung im Anfechtungsverfahren	194
g) Virtuelle Sitzungen des Wahlvorstands	195
II. Verstöße gegen § 2 WO	195
1. Inhalt der Vorschrift	196
2. Telos der Vorschrift	196
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	198
a) Wahl ohne Wählerliste	198
b) Fehlerhafte Wählerliste	199
c) Keine oder massiv verzögerte Auslegung der Wählerliste	199
d) Änderung der Wählerliste auf fehlerhafte Weise	200
III. Verstöße gegen § 3 WO	201
1. Inhalt der Vorschrift	201
2. Telos der Vorschrift	202
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	204
a) Kein Erlass eines Wahlausschreibens	204
b) Faktische Verkürzung der Einreichungsfrist durch Feiertage	205
c) Kein ausreichender Hinweis auf den Wahlraum	206
d) Falsche oder fehlende Angabe der Sitze des Minderheitengeschlechts	207
e) Aufbringung eines Gewerkschaftslogos auf dem Wahlausschreiben	209
f) Nicht rechtzeitiger Erlass des Wahlausschreibens	211
g) Formmängel des Wahlausschreibens	213



h) Aushang des Wahlausschreibens an ungeeigneter Stelle	214
i) Lediglich postalische Versendung des Wahlausschreibens	215
j) Unzutreffende Angabe von Fristen im Wahlausschreiben	216
k) Nichtinformation über die Korrektur oder den Austausch fehlerhafter Ausschreiben	217
l) Aushang des Wahlausschreibens nicht in jeder Betriebsstätte	218
m) Fehlerhafte Bekanntmachung der Zeit der Stimmabgabe	220
n) Keine Bekanntmachung des Beschlusses nach § 24 Abs. 3 S. 1 WO	221
o) Nichtangabe der Umstände der öffentlichen Stimmauszählung	222
IV. Verstöße gegen § 4 WO	224
1. Inhalt der Vorschrift	225
2. Telos der Vorschrift	226
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	228
a) Verspätete Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerliste	228
b) Nachträgliche Änderung der Wählerliste durch Wahlhelfer	229
V. Verstöße gegen § 6 WO	230
1. Inhalt der Vorschrift	230
2. Telos der Vorschrift	233
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	233
a) Unzulässige Verlängerung oder Verkürzung der Einreichungsfrist	234
b) Unzulässige Zurücknahme eingereichter Vorschlagslisten	237

c) Aushang von Bildern einzelner Bewerber	240
d) Streichung einzelner Wahlbewerber von der Vorschlagsliste	241
VI. Verstöße gegen § 7 WO	243
1. Inhalt der Vorschrift	243
2. Telos der Vorschrift	243
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	244
a) Verzögerte Prüfung der Vorschlagslisten	245
b) Mangelhafte Information über Folgen der Beanstandung von Vorschlagslisten	249
c) Zurückweisung von Vorschlagslisten mit nur einem Wahlbewerber	250
d) Verletzung von Prüfungs- und Nachforschungspflichten	251
e) Keine Unterrichtung des Listenvertreters über Mängel	255
f) Kennwörter auf Vorschlagslisten	256
g) (Nicht-)Zulassung von Vorschlagslisten bei Wegfall der Wählbarkeit	258
VII. Verstöße gegen § 8 WO	259
1. Inhalt der Vorschrift	260
2. Telos der Vorschrift	260
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	260
VIII. Verstöße gegen § 9 WO	261
1. Inhalt der Vorschrift	261
2. Telos der Vorschrift	262
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	263
IX. Verstöße gegen § 11 WO	264
1. Inhalt der Vorschrift	265
2. Telos der Vorschrift	265

3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	266
a) Unzureichende Öffnungszeiten des Wahllokals	266
b) Aufführung aller Kandidaten auf Stimmzettel	267
c) Veränderung der Reihenfolge von Wahlbewerbern auf Stimmzetteln	268
d) Nutzung verschiedener Stimmzettel	269
e) Angabe aller Listenbewerber auf Stimmzettel	270
X. Verstöße gegen § 12 WO	270
1. Inhalt der Vorschrift	270
2. Telos der Vorschrift	271
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	272
a) Differenz zwischen Stimmzetteln und Stimmabgabevermerken	272
b) Nachträgliche Ergänzung/ Berichtigung von Stimmabgabevermerken	274
c) Durchführung der Wahl in mehreren Räumen	274
d) Nicht korrekte Besetzung des Wahlraums	275
e) Unzulässige Erhöhung der Wahlvorstandsmitglieder	277
f) Mangelhafte Vorkehrungen für unbeobachtete Stimmabgabe	278
g) Kontaktierung Wahlberechtigter, die ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben	280
h) Keine Versiegelung der Wahlurne	281
XI. Verstöße gegen § 13 WO	283
1. Inhalt der Vorschrift	283
2. Telos der Vorschrift	284

3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	284
a) Einsatz von Scannern bei der Stimmauszählung	284
b) Vorgezogene Stimmauszählung	285
c) Ausschluss der Öffentlichkeit	286
XII. Verstöße gegen § 14 WO	286
1. Inhalt der Vorschrift	286
2. Telos der Vorschrift	287
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	287
XIII. Verstöße gegen § 15 WO	287
1. Inhalt der Vorschrift	287
2. Telos der Vorschrift	288
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	288
XIV. Verstöße gegen § 16 WO	289
1. Inhalt der Vorschrift	289
2. Telos der Vorschrift	289
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	290
XV. Verstöße gegen § 19 WO	290
XVI. Verstöße gegen §§ 20–23 WO	290
XVII. Verstöße gegen § 24 WO	291
1. Inhalt der Vorschrift	291
2. Telos der Vorschrift	292
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	293
a) Durchführung einer Online-Wahl	293
b) Generelle Anordnung einer schriftlichen Stimmabgabe	293
c) Nicht rechtzeitige Übersendung der Briefwahlunterlagen	296
d) Fehlerhafte Beurteilung der Möglichkeit persönlicher Stimmabgabe	299
XVIII. Verstöße gegen § 25 WO	300
1. Inhalt der Vorschrift	300
2. Telos der Vorschrift	301

3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	302
a) Mangelhafte Sicherung der Freiumschläge vor Einfluss von außen	302
b) Wahl unter Verstoß gegen § 25 S. 1 Nr. 3 WO	304
XIX. Verstöße gegen § 26 WO	305
1. Inhalt der Vorschrift	305
2. Telos der Vorschrift	306
3. Analyse möglicher Verfahrensfehler	307
XX. Verstöße gegen den Betriebsbegriff des Betriebsverfassungsgesetzes	308
1. Betriebsbegriff nach § 1 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BetrVG	309
2. Abweichende Regelungen nach § 3 BetrVG	310
3. Folgen bei Verkenntung des Betriebsbegriffs	310
D. Zusammenfassung der Ergebnisse	312
<b>§ 5 Gesamtergebnis</b>	315
<b>Literaturverzeichnis</b>	321